



Offener Brief an die Mitglieder des Landtages von Baden-Württemberg des Verbändebündnisses „Schulgeldfreiheit für Gesundheitsberufe jetzt umsetzen!“

Stuttgart, den 16.11.2021

Sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,

mit großer Bestürzung haben die Verbände der Gesundheitsberufe und Verbände der Schulen der Gesundheitsberufe zur Kenntnis genommen, dass der Entwurf des Staatshaushaltsplanes für 2022 keinen ausreichenden Mitteleinsatz für die Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsberufen an Schulen in Freier Trägerschaft enthält.

Damit wäre Baden-Württemberg weiterhin das einzige Bundesland im Südwesten- alle angrenzenden Bundesländer wie Rheinland-Pfalz, Bayern und Hessen haben längst die Schulgeldfreiheit umgesetzt. Viele SchülerInnen wandern daher in die anderen Bundesländer ab, was dazu führt, dass Baden-Württemberg als Ausbildungsstandort weiter gefährdet ist.

Die Landesregierung bricht somit ein Versprechen, das im Koalitionsvertrag 2021 gegeben wurde und dass noch vor wenigen Wochen von den beiden Landtags-Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der CDU in Gesprächen mit den Verbänden in Aussicht gestellt wurde: 10 Millionen Euro seien im Staatshaushaltsplan angemeldet worden, so die Aussagen der beiden Fraktionen, um zumindest teilweise die Schulgeldfreiheit umzusetzen. Nach unseren Berechnungen wäre für die komplette Schulgeldfreiheit aller Therapieberufe (Ergotherapie, Logopädie, Podologie, Massage, Physiotherapie, Diätassistenz) eine zusätzliche Förderung von ca. 19 Millionen Euro/Jahr erforderlich. Diese müsste mit fortlaufender Verbraucherindexanpassung garantiert sein.

Dass jetzt im Planansatz nur 2,5 Millionen für die Ersatzschulen und 2 Millionen für die Ergänzungsschulen eingestellt werden sollen, kann nicht zu einer Lösung des dramatischen Fachkräfteproblems in den Gesundheitsberufen beitragen: schon heute braucht es für die Besetzung einer Stelle z.B. im Bereich der Physiotherapie länger als in der Pflege. Die PatientInnenversorgung in Baden-Württemberg ist ohne ausreichend attraktive, schulgeldfreie Ausbildungsplätze akut gefährdet. Fast alle Bundesländer haben deshalb längst beschlossen, die Schulgeldfreiheit, die künftig der Bund übernehmen sollte, vorzuziehen, bis die bundesgesetzlichen Regelungen hierfür geschaffen wurden.

Die SchülerInnen der Gesundheitsberufe haben sich darauf verlassen, dass dies auch in Baden-Württemberg endlich umgesetzt wird. Die unterzeichnenden Verbände sind empört über diese Entwicklung und auch über den Prozess hierzu, denn noch im Dezember 2020 hat Sozialminister Lucha MdL zugesagt, die Schulgeldfreiheit prioritär anzugehen.

Neben den unzureichenden Mittelansätzen im Staatshaushaltsplan, die nicht annähernd ausreichend sind, um die Schulgeldfreiheit umzusetzen (und daher auch keinen „1.Schritt“ wie jetzt schon kommuniziert wird, darstellen), empört die Verbände auch, dass diese Mittel nur als einmalig

eingepplant werden. Mit dieser mangelnden Planungssicherheit über das Jahr 2022 hinaus würden die betroffenen Schulträger vor ein Insolvenzrisiko gestellt werden, denn man kann nicht das Schulgeld für ein Schuljahr reduzieren, ohne für die darauffolgenden Jahre Planungssicherheit zu haben.

Die Verbände der Gesundheitsberufe fordern daher die Mitglieder und Fraktionen des Landtages auf, den Mittelansatz für die Gesundheitsschulen für den ersten Schritt auf mindestens 10 Millionen Euro im kommenden Haushalt aufzustocken, damit wenigsten eine deutliche Senkung des Schulgeldes erreicht werden kann. Des Weiteren gilt es für die kommenden Jahre, die vollständige Schulgeldfreiheit politisch abzusichern.

Wir erinnern, auch im Namen der SchülerInnen, daran, dass es an den Schulen des Landes (Universitätskliniken) nicht nur längst Schulgeldfreiheit gibt, sondern dort auch noch eine monatliche Ausbildungsvergütung von rund 1100 Euro gezahlt wird: Diese Ungleichbehandlung von SchülerInnen, die zur Sicherung der PatientInnenversorgung in den systemrelevanten Gesundheitsberufen dringend gebraucht werden, ist nicht länger hinzunehmen.

Bitte lösen Sie das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ein: setzen Sie jetzt die Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsberufen um!

Für Rückfragen stehe wir jederzeit gerne zur Verfügung, bitte wenden Sie sich als Ansprechpartner für das Bündnis an Herrn Florian Schneider, Vorsitzender Verband leitende Lehrkräfte in der Physiotherapie(VLL) Baden- Württemberg, florian.schneider@ulmkolleg.de .

Hannah Hecker
Vorsitzende PHYSIO-DEUTSCHLAND Baden-Württemberg

Raymond Binder
Landesvorsitzender VPT

Christina Metke
Geschäftsführung
Verband Deutscher Privatschulen Baden-Württemberg

Klaus Rössler
1.Vorsitzender
Deutscher Verband für Podologie (ZFD)
Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Julia Schirmer
Vorstandsmitglied für Bildung und Wissenschaft
Deutscher Verband Ergotherapie e.V.

Kirsten Kusch
Schriftführerin Verband Deutscher Ergotherapie Schulen e.V.

Uta Köpcke
Präsidentin VDD e.V.

Florian Schneider
Vorsitzender Verband leitende Lehrkräfte in der Physiotherapie (VLL)
Baden-Württemberg

Antje Krüger
Vizepräsidentin dbl

Gerd Bürkle
Geschäftsführer Evangelisches Schulwerk Baden und Württemberg

Volker Pfersich B.Sc.
1. Bundesvorstand, Verband Deutscher Podologen (VDP) e.V.

Jana Post
2.Vorsitzende BDSL e.V.